

Androsch: "Der Terror des Status quo"

Hannes Androsch im KURIER-Interview über die Krise, die Sünden der Vergangenheit und der Gegenwart sowie die Fehler der Sozialdemokratie.



Androsch: "Die Sozialdemokratie ist stehen geblieben"

 [BOOKMARK](#)   ... [kommentieren](#)

Der Ex-Finanzminister schaut noch ernster als sonst. Die Krise ist noch lange nicht vorbei, die Wachstumsprognosen wurden gerade wieder gesenkt, der Wohlstandszuwachs ist auf Jahre verschoben. Und den Regierenden, sagt er, fehlt der Blick in die Zukunft.

KURIER: Herr Androsch, Bruno Kreisky haben ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlaflose Nächte bereitet als 100.000 Arbeitslose; jetzt haben wir in Folge der Finanzkrise viel mehr Schulden und rund 400.000 Arbeitslose - wie viele schlaflose

Nächte muss uns das bereiten?

Hannes Androsch: Kreisky hat damals in der Situation recht gehabt, und die Verschuldung war vergleichsweise gering, die Arbeitslosigkeit ist nie über 60.000 gestiegen. Und die vom Staat aufgenommenen Mittel sind überwiegend in Investitionen für die Zukunft, in Infrastruktur und in Bildung geflossen. Es kommt vor allem darauf an, was man mit Krediten macht, ob man das aufgenommene Geld verkonsumiert oder vorausschauend investiert.

Hat Österreich zur Bekämpfung der Krise das Richtige gemacht?

Es ist zunächst gelungen, die Kernschmelze des Finanzsystems und der Banken zu verhindern und den Absturz der Realökonomie aufzufangen, auch wenn uns das viele Jahre an Wohlstandszuwachs gekostet hat und noch kosten wird. Von einem nachhaltigen und kräftigen Aufschwung sind wir noch weit entfernt. Das Ziel heißt jetzt Wachstum und Beschäftigung, das wiederum erfordert Qualifikation, Bildung, Innovation, Wissenschaft und Forschung. Denn ohne Wachstum kann die notwendige Budgetkonsolidierung nicht gelingen.

Das Ziel klingt schön, aber die Realität heißt jetzt einmal Einsparen und höhere Steuern, und die großen Kostenbrocken wie Pensions- und Gesundheitssystem kommen erst.

Das stimmt, und das alles passiert zudem noch vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft. Ab 2015 werden mehr Menschen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als wegen der schwachen Geburtenjahrgänge eintreten. Also haben wir nicht nur ein Pensionsversicherungsproblem, das sich drohend immer weiter aufbaut, sondern auch gravierende Probleme im Gesundheitswesen und auf dem Arbeitsmarkt mit einem Mangel an Fachpersonal. Das führt zu Zuwanderung mit dem Problem der Ausländerfeindlichkeit wegen teils ungenügender Integration.



Hannes Androsch mit

Das klingt schon weniger schön. Was also jetzt: Sparen und/oder Steuern?

Das ist ein Spagat zwischen intelligenter und auf der Zeitachse mit Augenmaß einzuleitender Budgetkonsolidierung und einem wirtschaftlichen Impulsprogramm, das auf die Zielsetzungen der Agenda 2020 ausgerichtet ist: Also Stärkung der Wirtschaft durch Qualifikationen, Wissenschaft, Bildung und Innovationen. Ohne wirtschaftlichen Aufschwung wird die Budgetkonsolidierung nicht gelingen, und dann droht das angebrochene

Andreas Schwarz in seinem Büro Jahrzehnt ein verlorenes zu werden. Jetzt rächt sich, dass wir 20, 25 Jahre gesündigt haben, quantitativ, als auch, was die Qualität der Staatsausgaben betrifft.

Inwiefern gesündigt?

Wir haben ins Heute gelebt, die ansteigenden staatlichen Defizite waren vor allem Ergebnis immer höhere Ausgaben für Besoldung, Sozialtransfer und in der Folge Zinszahlungen. Das ist eine Verteilungsungerechtigkeit innerhalb der Generationen. Den Pensionisten etwas wegzunehmen wäre der falsche Weg. Die durchschnittliche Lebenserwartung steigt statistisch gesehen jeden Tag um 6 Stunden! Wenn die Leute immer früher in Pension geschickt werden, dann kann sich das nicht ausgehen. Das war ein verhängnisvoller Weg, der alleine in den letzten vier Jahren die Pensionszuschüsse aus dem Budget von 2,6 auf 4,6 Milliarden Euro ansteigen ließ.

Trotzdem leisten wir uns nach wie vor Frühpensionierungen im Rahmen der Hacklerregelung.

Diese ist ein besonderes Beispiel für den falschen Weg: Es ist hoch an der Zeit, Ineffizienz und Verschwendung im geschützten Bereich Einhalt zu gebieten. Das damit verbunden Einsparungspotenzial wird vom Rechnungshof mit elf Milliarden Euro beziffert.

Also keine Steuererhöhungen?

Die Steuer ist ein sehr heikles Instrument, das wie Medikamente, je wirksamer und größer, Nebenwirkungen hat. Auch hier gilt die alte Weisheit des Paracelsus, ob ein Medikament Heilmittel oder Gift ist, ist eine Frage der Dosis. Wir müssen alles vermeiden, damit nicht mehr Qualifikationen, Innovationen und Investitionen, die wir für wirtschaftliches Wachstum und höhere Beschäftigung brauchen, unnötig erschwert oder verhindert werden. Wir haben ohnedies schon die höchste Steuerquote mit über 43 Prozent, die Deutschen kommen mit 38 Prozent aus, die Schweizer mit 30, und gerade letztere sind uns in vielen Bereichen weit überlegen. In Österreich haben wir noch dazu eine extrem leistungsfeindliche Steuerprogression, die bei 11,80 Prozent anfängt und sehr bald die lichten Höhen von 50 Prozent plus Sozialversicherung erreicht. Das Steuersystem muss Leistung wieder mehr belohnen. Statt den nur scheinbar bequemen Weg neuer und höherer Steuern muss vorrangig der Überbürokratisierung, dem Gesetzesdschungel und der Regulierungswut der Kampf angesagt werden. Ich hoffe, dass der Terror des Status quo, den wir vor allem im geschützten Sektor mit seinen Privilegien finden, durch das Diktat der leeren Kassen ein Ende finden wird.

Der Status quo sind die sogenannten wohlerworbenen Rechte...

Es ist nichts wohl und nichts erworben, und Recht ist damit auch nicht verbunden. Die schon lang voraussehbaren Probleme des Sozialstaats wurden einfach ignoriert. Damit sind wir in die falsche Richtung gegangen und vernachlässigen noch dazu verantwortungslos die Zukunft.

Ist der Druck durch die Krise groß genug, das zu ändern? Die Verwaltungsreform zum Beispiel scheiterte bisher stets an den Ländern.

Man kann nur darauf hinarbeiten. Es braucht die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten auf allen Ebenen. Bei den unnötig vielen Kleinstgemeinden, bei den Spitälern, den Bezirksschulbehörden und etwa den Militärkommanden, die nur dazu da sind, die Militärmusik für die Landeshauptleute sicherzustellen.

Die Bereitschaft der Länder dazu ist gering.

Diese ist viel zu gering. Aber dann muss man eben das Instrument des Finanzausgleichs zum Einsatz bringen. Die Länder sind überdotiert, leisten sich eine opulente Verwaltung, zu viele Mitarbeiter. Wir haben fast doppelt so viele Spitalsbetten auf 1000 Einwohner als die Schweiz, und kein Mensch wird behaupten, dass die Schweiz eine schlechtere Gesundheitsversorgung hat.

Stichwort Leistungsfeindlichkeit: Sozialmissbrauch ist in Deutschland ein heißes Thema, bei uns auch, nicht zuletzt durch Einführung der Mindestsicherung, die kaum niedriger ist als die untersten Einkommen - ist das nicht kontraproduktiv?

Die Mindestsicherung ist die untere Grenze zur Bekämpfung des Prekariats. Man muss darauf achten, dass der Abstand zu den kleinen Gehältern groß genug bleibt und die Zumutbarkeitsgrenzen eng gesetzt werden, so wie in Dänemark. Wir haben auf diesem Gebiert einen großen Nachholbedarf.

Auch bei den Zumutbarkeitsbestimmungen?

Ohne Zweifel. Mir kann niemand erklären, dass wir an die 400.000 Arbeitslose haben, von den Frührentenisten nicht zu reden, aber im Tourismus 80.000 Deutsche, und in der privaten Pflege an die 100.000 ausländische Arbeitskräfte, vor allem aus den östlichen Nachbarstaaten, beschäftigen müssen. Wenn man etwa alle Zuwanderer den Wiener Spitälern wegnehmen würde, könnte man diese sofort zusperrern, weil sich kein heimisches Personal findet.

Die Krise wird neben den Finanzhaien auch dem Neoliberalismus zugeschrieben - wieso können die Sozialdemokraten davon nicht profitieren und verlieren Wähler in Scharen?

Sie haben Recht: Das Scheitern des Neo- Neoliberalismus, das die Ursache für das jetztige Schlamassel der westlichen Welt ist, und das sich bei uns in einer alpin-vooodoo-haften Ausprägung des Schlüssel-Haider-Grasser-Kurses gezeigt hat, wäre eine ideale Gelegenheit gewesen, daraus Nutzen zu ziehen. Das war nicht der Fall, weil es die Sozialdemokratie versäumt hat, den tiefgreifenden Veränderungen und Umwälzungen seit der Implosion des Sowjetimperiums und der digitalen Explosion mitsamt der Veränderung der Arbeitswelt Rechnung zu tragen. Sie ist dort stehen geblieben, was sie erfolgreich erkämpft hat: Rechte der Arbeiter, Wohlfahrtsstaat, Emanzipation.

Das heißt, sie hat den Sturkturwandel verschlafen?

Die Sozialdemokratie hat nicht genügend Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit gefunden. Das Politikangebot ist nicht stimmig. Das 20. Jahrhundert, in dem der Wohlfahrtsstaat erkämpft wurde, wird auch als das sozialdemokratische bezeichnet,. Die Sozialdemokratie hat sich aber nicht überlebt, wie Ralf Dahrendorf gemeint hat. Der Wohlfahrtsstaat gehört zu den größten Errungenschaften der Menschheit. Er darf aber durch Missbrauch und Überdehnung nicht gefährdet werden. Das ist passiert. Hier fehlt das zukunftsbezogene, stimmige Politikangebot, und das spüren die Menschen.

In Österreich geht's der Sozialdemokratie noch schlechter als anderswo in Europa.

Ja, obwohl die Krisenbewältigung bei uns und anderswo, wo Sozialdemokraten politische Verantwortung dafür trugen, höchst erfolgreich war.

Tun Ihnen die SPÖ-Verluste in Serie in Österreich weh?

Natürlich, das wird sich wieder ändern. Sie sehen, wie in Deutschland die neue Regierungskoalition nach nur hundert Tagen abgestürzt ist oder im Frankreich Sarkozys die meisten Regionen wieder rot geworden sind.

So schaut's bei uns aber eher nicht aus gerade.

Ich gehe davon aus, dass inzwischen alle Beteiligten die Notwendigkeit von Reformen einsehen - manche aber vielleicht noch nicht genug.

Bundeskanzler Faymann sagte, wenn man das Ruder herumreißt, gerät man ins Schlingern.

Zwischen einem Falschen-Kurs-Halten und einem Steuer-Herumreißen in einem gefährlichen U-Turn liegt ein weites Betätigungsfeld. Von den Möglichkeiten dazwischen sollte man Gebrauch machen.

Macht die SPÖ davon genug Gebrauch?

Wenn man den Wählervoten folgt, sicherlich noch nicht genug.

Das Ziel Werner Faymanns war ja, die SPÖ aus der Niederlagen-Serie des Alfred Gusenbauer zu befreien. Das ist nicht gelungen.

Gusenbauer trat ein schweres Erbe an. Die Partei war personell ausgedünnt, hoch verschuldet und hatte kein Programm. Er hat die Partei wieder hochgezogen. Aber er hat bei der Regierungsbildung einen entscheidenden Fehler gemacht: Ein Kanzler, der nicht wenigstens das Amt des Finanzministers neutralisiert, wenn er dieses nicht für die eigene Partei reklamiert, und dann noch die anderen wichtigsten Ressorts wie Inneres und Justiz hergibt - das kann nicht wirklich funktionieren.

Das hat sich unter Faymann nicht geändert.

Das war mit dem knappen Ergebnis zur ÖVP nicht korrigierbar. Und der Bundeskanzler, der bei uns im Unterschied zu Deutschland keine Richtlinienkompetenz hat, kann dieses Manko kraft seines Amtes nicht ausgleichen.

Hat Werner Faymann genug Ecken und Kanten, um die SPÖ wieder aus dem Schlamassel zu holen?

Da geht es nicht um Ecken oder Kanten oder Rundungen, sondern um Perspektiven, die den Menschen Orientierung geben - auch wenn die damit verbundenen Maßnahmen zeitweise schmerzhaft sein müssen. Wir haben nach 1975 den Menschen auch manch bittere Pille verkaufen müssen, aber sie haben unsere Argumente verstanden und haben uns das Vertrauen und insgesamt drei Mal eine absolute Mehrheit gegeben.

Die SPÖ hat vor den letzten Wahlen mit den zahllosen Geschenken in der berühmten Parlamentssitzung genau das Gegenteil gemacht.

Ich glaube, diese Parlamentssitzung wird einfach überschätzt. Aber es stimmt schon, die Politik ist zu sehr fixiert auf Einzelereignisse. Das ist eine Folge der kurzfristigen populistischen Event-Orientierung und des Jagens nach der Schlagzeile am nächsten Tag. Damit erreicht man nicht, den Menschen Orientierung zu geben und das Gefühl zu vermitteln, dass der eingeschlagene Weg in ihrem Interesse ist und dass sie dazu auch etwas beitragen müssen. Wir sind ein erfolgreiches Land, eine erfolgreiche Gesellschaft, aber man kann jedem Menschen erklären, dass das ein Wunschkonzert ist. Was man nicht erwirtschaftet hat, kann man nicht verteilen.

Das alles muss man aber a) angehen und b) gut verkaufen.

Und man muss kämpfen. Eine Fußballmannschaft, die nicht 90 Minuten kämpft, hat sich auch nicht den Sieg verdient. Everybody's darling sein reicht nicht.



"Europa steht nur auf einem Bein"

Zurück zur Finanzkrise: Europa hat sie gerade noch gemeistert, aber jetzt in einzelnen Staaten wie Griechenland, Portugal, bald Großbritannien größte Probleme. Kann sie die auch meistern?

Europa muss ein globaler Player werden, wenn es nicht hinter Asien und Nordamerika zurückfallen und zum Spielball werden will. Wir haben einen Binnenmarkt geschaffen, das war ein Erfolg, wir haben den Euro eingeführt, das war richtig, aber damit stehen wir nur auf einem Bein. Wir haben es bislang verabsäumt, das zweite Bein sicherzustellen: Ein Mindestmaß an gemeinsamer Wirtschafts- und Budgetpolitik. Die Maastrichtkriterien

(Defizit-Obergrenze, Anm.) war so eine kleine Krücke, die aber nie wirklich gehalten hat. Und wer sich als Musterknabe mit dem eigenen Export-Überschuss brüstet, unterstellt jenen, die umgekehrt das Defizit haben, Sünder zu sein. Hier bedarf es eines neuen Miteinanders. Auch im Vorgehen gegen jene, die die EU missbrauchen!

Und das Finanzsystem? Der deutsche Exkanzler Helmut Schmidt hat im KURIER-Interview gesagt, für Luftfahrt und Schifffahrt gibt's Regeln, für das Bankenwesen nicht.

Da hat er vollkommen recht! Ich möchte ergänzend auf die strengen Zulassungsverfahren bei Medikamenten oder die Produkthaftung etwa bei Elektrogeräten hinweisen - all das ist im Bankensektor nicht selbstverständlich. Aber was jetzt an Gegenmaßnahmen passiert, ist ein Overkill. Die sogenannten Regeln nach Basel II waren bereits der falsche Weg und jetzt redet man von Basel III und untauglichen Insolvenzregeln für Versicherungen. Wenn man das in der jetzt vorliegenden Fassung zur Anwendung bringt, dann würde das Bankensystem in Europa zusätzlich 400 Milliarden Euro an Eigenmitteln benötigen. Dafür müsste man wohl die Kreditzinsen erhöhen, womit die langfristigen Investitionen abgewürgt, die Wirtschaft noch mehr geschwächt und die ohnehin schon exorbitante Arbeitslosigkeit noch weiter anschwellen würden. Probleme in komplexen Systemen wie die Wirtschaft kann man nicht lösen, indem man nur an einer Schraube dreht. Vor allem braucht es Einschleifregelungen.

Sind die in einzelnen Staaten jetzt verordneten Bankenabgaben auf Bilanzgewinne und/oder Spekulationen auch nur eine punktuelle Schraubendrehung?

Wenn es so genannte Übergewinne gibt und geradezu unappetitliche Bonifikationen gezahlt werden, wenn die Banken in Amerika 40 Prozent der Gesamtgewinne der Wirtschaft machen, dann sind das Fehlentwicklungen. Im übrigen: Ein europäischer Binnenmarkt braucht ein europäisches Bankensystem und nicht ein nationalstaatlich geregeltes, das international tätig ist, sich dort aber keinen Regeln unterwerfen muss. Das sind Widersprüche in sich.

Weil sie Boni sagten: Haben Sie Verständnis für die mehr als zwei Millionen Euro Abfindung für einen Hypo-Vorstand bei 1,6 Milliarden Jahresverlust?

Das hat ja mit Boni nichts zu tun. Wenn jemand bestellt wird, aber nach kürzester Zeit wieder hinausgeworfen wird, dann stellt sich unweigerlich das Problem der Einhaltung der eingegangenen Vertragsverpflichtung. Den angesprochenen Fall kann man mit den Exzessen in London und an der Wall Street nicht vergleichen.

Aber die wirklichen Boni sind zu deckeln und zu besteuern?

Ich kann mir nicht vorstellen, dass einzelne Manager um so viel besser sein sollen, dass damit die maßlos hohen Boni-Zahlungen gerechtfertigt sein könnten.

Artikel vom 27.03.2010 15:39 | KURIER | Andreas Schwarz

Ostern in Bad Hall



4 Urlaubstage im 4*-Thermen-Hotel, Anreise am 2.4.; Oster-Extras! DZ p.P. € 339,-

Gemeinsam für das Klima!



Mit ca. 62 Bäumchen wird ein PKW CO₂-Ausstoß innerhalb von 50 Jahren in O₂ & Holz umgewandelt!

Nichts zu verschenken?



Sichern Sie sich jetzt hohe Zinsen beim Direkt-Sparen. Ab dem 1. Euro, täglich verfügbar.